

Protokoll

Datum:

17. Februar 2014

Für:

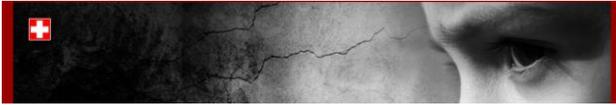
TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.119071 / 922/2013/01183

Protokoll des dritten Runden Tisches vom 29. Januar 2014

Vorsitz:	Luzius Mader	Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM Bundesamt für Justiz
Teilnehmende mit Stimmrecht:	Mirjam Aebischer	Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik
	Ursula Biondi	Vertreterin administrativ Versorgte
	Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz SBK
	Daniel Cevey	Betroffener
	Jean-Louis Claude	Betroffener
	Kurt Gradolf	Vertreter Zwangssterilisierte
	Claudia Grob	Fondation officielle de la Jeunesse
	Margrith Hanselmann	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
	Simon Hofstetter	Schweizerischer evangelischer Kirchenbund SEK
	Lisa Hilafu	Vertreterin Zwangsadoptierte
	Thomas Huonker	Vertreter Fremdplatzierte
	Andreas Jost	Betroffener
	David Oberholzer	CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz
	Sybille Oetliker	Schweizerischer Städteverband
	Claudia Scheidegger	Betroffene
	Fritz Schober	Schweizerischer Bauernverband SBV

	René Schüpbach	Betroffener
	Uschi Waser	Vertreterin Jenische
	Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES
	Maria-Luisa Zürcher	Schweizerischer Gemeindeverband
	Walter Zwahlen	Vertreter Verdingkinder
Teilnehmende		
ohne Stimmrecht:	Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
	Pierre Avvanzino	Vertreter Historiker
	Beat Gnädinger	Schweizerische Archivdirektorenkonferenz ADK
	Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
	Martin Lengwiler	Vertreter Historiker
	Ursula Schneider Schüttel	Parl. Gruppe für Opfer von FSZM
	Loretta Seglias	Vertreterin Historiker
	Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften
Gäste:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz
	Folco Galli	Bundesamt für Justiz
	Jacqueline Häusler	Enfances Volées
	Janine Mauerhofer	Assistentin des Delegierten für Opfer von FSZM
	Stefan Ritler	Bundesamt für Sozialversicherungen
	Basil Rogger	Enfances Volées
	Marco Ronzani	Coach des Betroffenenforums
	Nina Schneider	Bundesamt für Justiz
Protokoll:	Rahel Müller	Bundesamt für Justiz
Entschuldigt:	Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse
	Jacqueline Fehr	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM



1 Sitzungsbeginn: 10.00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und bedankt sich bei Frau Hanselmann für das Gast-
4 recht im Haus der Kantone.

5 Der Vorsitzende informiert über die Ergänzung der Traktandenliste um das Traktandum 6a.
6 Hintergrund sei das geführte Gespräch mit Herrn Rechtsanwalt Stolkin betreffend die Vertre-
7 tung und Beratung von Betroffenen am RT und den Vorschlag für ein neues "Modell E".

8 **2. Genehmigung der Protokolle des 2. RT (Kurzprotokoll und ausführliches Proto-
9 koll)**

10 Sämtliche Änderungswünsche konnten berücksichtigt werden. Die beiden Protokolle werden
11 stillschweigend genehmigt.

12 Frau Aebischer hinterfragt, ob sich der Aufwand für zwei Protokolle lohne. Der Vorsitzende
13 schlägt vor, auf diese Frage unter dem Traktandum 4.1 einzugehen. Eine Reduktion auf ein
14 Protokoll erachte er als durchaus sinnvoll.

15 **3. Informationen zu:**

16 **3.1. Stand Rehabilitierungsgesetz**

17 Der Vorsitzende informiert, die Vorlage sei im Rahmen der Beratung im Erstrat sehr gut auf-
18 genommen worden. Am 10. Februar 2014 finde die Sitzung der Rechtskommission des
19 Ständerats statt. Obwohl gewisse Änderungen denkbar seien, sei er zuversichtlich, dass die
20 Vorlage in der Märzsession verabschiedet werden könne. Somit wäre eine rasche Inkraftset-
21 zung, z.B. bereits per 1. August 2014, möglich.

22 Frau Schneider Schüttel ergänzt, sie hoffe, dass die Vorlage ohne Ergänzungen durchkom-
23 me. Auch wenn nicht sämtliche Anliegen der Betroffenen berücksichtigt werden konnten, sei
24 sie optimistisch, dass die Vorlage eine gute Lösung sei.

25 **3.2. Volksinitiative**

26 Der Vorsitzende informiert, der Initiativtext befinde sich in Vorprüfung bei der Bundeskanzlei.
27 Eine Lancierung im Frühling sei möglich.

28 **3.3. Treffen der kantonalen Anlaufstellen vom 16.01.2014**

29 Frau Hanselmann informiert über die regelmässig stattfindenden Treffen der im letzten Jahr
30 aufgebauten kantonalen Anlaufstellen. Die Treffen sollen einen Erfahrungs- und Informati-
31 onsaustausch sicherzustellen. Am letzten Treffen seien über 20 Teilnehmende anwesend
32 gewesen.

33 Frau Hanselmann informiert insbesondere darüber, dass einzelne Kantone ihre Konzepte
34 vorgestellt und ihre Abläufe diskutiert haben. Auf Frage von Herrn Jost hin wird sie abklären,
35 ob Informationen über die vorgestellten Konzepte erhältlich seien.

- 1 Das nächste Treffen findet Mitte Mai statt. Anliegen an die Anlaufstellen können Frau Hanselmann gemeldet werden.
2
- 3 Um die Qualität der Dienstleistungen der Anlaufstellen weiterhin verbessern zu können, werden folgende Massnahmen besprochen:
4
- 5 – konkrete negative Erfahrungen mit den Anlaufstellen können Frau Hanselmann gemeldet werden;
6
 - 7 – konkrete negative Erfahrungen mit den Archiven können Herrn Gnädinger gemeldet werden;
8
 - 9 – konkrete negative Erfahrungen auf Gemeindeebene sollen in einem ersten Schritt mit den Anlaufstellen besprochen werden. Falls die Anlaufstellen zur Lösung des Problems nicht beitragen können, sind die Vorfälle dem Delegierten zu melden, damit dieser gegebenenfalls intervenieren kann.
10
11
12
 - 13 – der Städte- und der Gemeindeverband werden weiterhin Sensibilisierungsarbeit leisten.
14

15 **3.4. Empfehlungen Archivierung**

16 Herr Gnädinger betont die Wichtigkeit, dass die umzusetzenden Empfehlungen auch bei den
17 Gemeinden und bei den privaten Institutionen ankommen würden.

18 Herr Claude platziert sein Anliegen, auch die Kirchenarchive seien zu öffnen. Eine Offenlegung sei für die Betroffenen unabdingbar. Er fordert, der RT habe mit den Kirchen diesen
19 Dialog zu führen. Er verlange insbesondere eine Aussprache in der französischen Schweiz.
20 Der Vorsitzende nimmt dieses Anliegen auf und informiert über die bereits aufgegleisten Gespräche mit den Landeskirchen. Er informiert zudem darüber, dass in vielen kirchlichen Institutionen Arbeiten im Gang seien.
21
22
23

24 Herr Bürgstein führt aus, er sei sich der Ernsthaftigkeit der Vorwürfe von Herrn Claude bewusst und er nehme diese gerne mit. Er verweist auf jene Bischöfe, die ihre Archive bereits geöffnet haben.
25
26

27 Herr Hofstetter informiert, dass bei jenen Kirchgemeindarchiven, die dem Gemeinderecht unterstehen, die Empfehlungen direkt zur Anwendung kommen würden. In den anderen Fällen empfehle man eine sinngemässe Anwendung. Er schlägt vor, sich an ihn zu wenden,
28
29 wenn bei reformierten Kirchgemeinden Probleme auftreten.
30

31 Frau Seglias informiert sich, wie das Vorgehen bei privaten Organisationen aussehe. Der Vorsitzende nimmt diese Frage sehr gerne auf. Ihm sei bewusst, dass von Seiten Historiker Probleme geortet worden seien. Frau Aebischer weist auf die laufende Sensibilisierungsarbeit durch die Verbände hin. Einen Input des Delegierten erachte sie als sinnvoll.
32
33
34

35 Auf Frage von Herrn Huonker informiert Herr Hofstetter, es fänden regelmässig Treffen mit den Freikirchen statt. Er könne das Thema aufgleisen, falls dies gewünscht werde. Dieser Vorschlag stösst auf Zustimmung.
36
37

38 Herr Huonker regt an, dass sich der Delegierte bei den Treffen durch eine Delegation des RT begleiten lasse. Der Vorsitzende erachtet dies als sehr gut vorstellbar. Er werde bei den ersten Treffen das weitere Vorgehen entsprechend aufgleisen.
39
40

41 Die Teilnehmenden diskutieren das Informationsmanko in der Westschweiz. Der Vorsitzende nimmt das Anliegen entgegen.
42

43

1 **3.5. Stand Rechtsvergleich**

2 Der Vorsitzende verweist auf den vorliegenden Zwischenbericht und informiert, der Schluss-
3 bericht werde am nächsten RT diskutiert.

4 **4. Zur Arbeitsweise des Runden Tisches**

5 **4.1. Protokollierung**

6 Der Vorsitzende verweist auf den Vorschlag von Frau Aebischer, künftig nur noch ein Proto-
7 koll zu erstellen, welches in der Dichte zwischen dem ausführlichen und dem kurzen Proto-
8 koll liege.

9 Herr Huonker erkundigt sich nach der Frage der Öffentlichkeit. Der Vorsitzende schlägt vor,
10 das längere Protokoll öffentlich zugänglich zu machen.

11 Dieser Vorschlag findet breite Zustimmung.

12 **4.2. Antrag Hilafu (Betroffenenforum - Art und Weise der Durchführung, Sensibilisie- 13 rung für alle Betroffenengruppen in der Gesellschaft)**

14 Die Delegierten der Betroffenen informieren darüber, wie sie die Arbeitsweise des BF erle-
15 ben und diskutieren den Antrag von Frau Hilafu.

16 Gemäss dem gemeinsamen Verständnis des RT konstituiert sich das BF selber und kann
17 somit auch seine Arbeitsweise selber bestimmen. Der Antrag wird entsprechend lediglich als
18 Konsultation des RT verstanden.

19 Der Vorsitzende verweist auf die Funktionen des BF: Es soll den Betroffenen helfen, sich gut
20 auf die Sitzungen des RT vorzubereiten. Daneben soll das BF sicherstellen, dass es einem
21 weiten Kreis von Betroffenen möglich sei direkt am Prozess teilzunehmen. Als Delegierter
22 sei für ihn zentral, dass sich das BF so organisiere, dass diese beiden Funktionen erfüllt
23 werden. Der vorliegende Antrag trage seines Erachtens dazu bei.

24 Frau Waser äussert die Idee, dass über die Anlaufstellen abgeklärt werde, ob ein Interesse
25 an Selbsthilfegruppen bestehe. Der Vorsitzende bedankt sich für diese Anregung, die gerne
26 aufgenommen werde.

27 Der Vorsitzende fasst zusammen, der Antrag der Delegierten Betroffenen werde durch den
28 RT begrüsst. Die Entscheidung liege aber bei den Betroffenen und ihren Delegierten.

29 **4.3. Antrag Aebischer (Arbeitsweise/Selbstverständnis des RT, Information über das 30 Geschehen am RT, Budget)**

31 Das Anliegen von Frau Aebischer, aktiver über das Geschehen am RT zu kommunizieren,
32 stösst auf breite Zustimmung.

33 Der Vorsitzende stellt in diesem Zusammenhang auch eine Ergänzung/Aktualisierung der
34 Homepage in Aussicht. Er stelle sich zudem vor, dass es nützlich sein könnte, wenn Me-
35 dienvertreter zu einem Hintergrundgespräch eingeladen würden, um gezielt und umfassend
36 über die Aktivitäten des RT zu informieren. Hier sollten verschiedene Mitglieder des RT da-
37 bei sein. Was im jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei, sei die gesellschaftspolitische Aufarbei-
38 tung. Der RT werde aber dazu eine entsprechende Empfehlung abgeben.

39 Herr Hofstetter bestätigt, dass man häufig nicht auf Vorwissen treffe. Er wisse aber, dass viel
40 passiere. Er schlägt vor, im Sinne des Sichtbarmachens eine Zusammentragung vorzuneh-
41 men.

42 Frau Biondi erkundigt sich, ob der Informationsfluss auch zur französischen und italienischen
43 Presse (jeweils gleichentags) sichergestellt werde. Der Vorsitzende nimmt das so entgegen.

1 Frau Wigger ergänzt, die Rolle der am RT einsitzenden Organisationen werde von Aussen
2 nicht wahrgenommen. Auch die Organisationen sollten ihr Gesicht und ihr Engagement nach
3 Aussen tragen.

4 Betreffend die Anfrage Rechnung 2013 / Budget 2014 informiert der Vorsitzende, dass man
5 aus pragmatischen Gründen zum Schluss gekommen sei, dass die Kosten des Betriebs des
6 RT durch das EJPD getragen werden. Neben den Betriebskosten gebe es aber weitere an-
7 fallende Aufwendungen, wie z.B. die Anlaufstellen, die durch die Kantone getragen werden.

8 Frau Aebischer erkundigt sich nach dem Fortbestand des RT nach dem Sommer. Der Vor-
9 sitzende verweist auf den ursprünglichen Auftrag des RT. Man habe die Dringlichkeit des
10 Anliegens gespürt, weshalb das erklärte Ziel darin bestehe, die Lösungsvorschläge bereits
11 diesen Sommer bereit zu haben. Der RT werde seine Arbeit mit den Lösungsvorschlägen
12 abschliessen. Das bedeute aber nicht, dass der RT dann nicht weiter bestehen dürfte/sollte.
13 Es könne zu den Lösungsvorschlägen gehören, dass der RT seine Arbeiten weiterführe. Er
14 persönlich sei der Meinung, dass es auch während des gesetzgeberischen Prozesses einen
15 RT brauche. Es sei auch vorstellbar, dass der RT dann in einer etwas anderen Zusammen-
16 setzung weitergeführt werde.

17 **4.4. Anträge der Delegierten des BF betreffend Homepage (Scheidegger, Biondi)**

18 Die Homepage wird durch eine Seite "Massnahmen" sowie um eine Begriffsbeschreibung
19 der verschiedenen Betroffenengruppen ergänzt. Weitere Wünsche können direkt an Frau
20 Müller gerichtet werden.

21 **4.5. Kommunikation RT und Protokollierung**

22 Vgl. oben 4.1. und 4.3.

23 **5. Psychiatrie / Medikamentenversuche**

24 **5.1. Antrag Biondi (Aussage Thurgauer Regierungsrat Schläpfer)**

25 Frau Biondi bezieht sich auf die Aussagen des RR Schläpfer betreffend Zwangsmedikamen-
26 tationen und betont, solche Aussagen würden als sehr verletzend empfunden.

27 Herr Lengwiler ergänzt, solche Aussagen seien nicht nur verletzend, sondern auch sachlich
28 falsch. Er verweist auf eine Doktorarbeit die aufzeige, dass der wissenschaftliche Wert sol-
29 cher Versuche sehr gering gewesen sei. Er werde die Arbeit online zur Verfügung stellen.

30 Herr Huonker verweist auf den bereits mehrfach gemachten Hinweis betreffend die Rolle der
31 Psychiatrie und Pharmaindustrie. Diese Gruppen seien am RT nicht vertreten. Vielleicht wä-
32 re eine Ergänzung in diesem Sinne bei der Fortführung des RT in Betracht zu ziehen.

33 Der Vorsitzende führt aus, diese Gedanken würden bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung
34 sowie bei den weiteren Arbeiten des RT Berücksichtigung finden. Er verweist auch auf die
35 Schicksale von Gehörlosen.

36 Frau Biondi regt an, dass RR Schläpfer mit Herrn Emmisberger direkt in Kontakt trete. Der
37 Vorsitzende nimmt dieses Anliegen auf und sichert zu, dass er sich um die Angelegenheit
38 kümmern werde.

39 Frau Seglias informiert, sie sammle betreffend wissenschaftliche Aufarbeitung mögliche
40 Themengebiete. Informationen dürften an sie geliefert werden.

41

1 **5.2. Antrag Hilafu (wissenschaftliche Aufarbeitung Thema Psychiatrie und Gefäng-**
2 **nisse**

3 Frau Hilafu informiert, dass Mütter und Väter die sich einer Zwangsadoption widersetzen
4 hätten, häufig in einer Anstalt/Psychiatrie versorgt worden seien. Viele Betroffene hätten (bis
5 heute) den Freitod gewählt. Auch dies sei aufzuarbeiten. Dieses Anliegen wird so entgegen
6 genommen.

7 **6. Finanzielle Leistungen**

8 Der Vorsitzende informiert einleitend, dass am letzten RT die Schaffung der Soforthilfe be-
9 schlossen worden sei. Der RT habe einen Ausschuss eingesetzt, um die Kriterien der So-
10 forthilfe zu konkretisieren. Parallel dazu sei abzuklären gewesen, ob es überhaupt möglich
11 sei, eine Soforthilfe zu schaffen, resp. ob die Errichtung eines Soforthilfefonds möglich sei.
12 Die Realisierbarkeit habe vor dem heutigen 3. RT geklärt werden müssen; ansonsten eine
13 Diskussion über die Kriterien wenig Sinn ergeben hätte. Die Glückskette sei bereit, den
14 Fonds zu schaffen und die Kantone seien zur Alimentierung angefragt worden.

15 Der Vorsitzende dankt der SODK für die enormen Bemühungen. Die Zusammenarbeit zwi-
16 schen der SODK, der Glückskette und dem RT habe optimal funktioniert.

17 Verschiedene Teilnehmende beurteilen die erfolgte Kommunikation vom Montag als unglück-
18 lich, was der Vorsitzende versteht. Man habe aber versucht, den Anliegen der Kantone, die
19 hier als mögliche Hauptgeldgeber auftreten, Rechnung zu tragen. Der RT sei einbezogen
20 worden. Man habe am 2. RT sowie an den Treffen der Betroffenen informiert. Heute werde
21 ebenfalls eine Information erfolgen.

22 Herr Huonker bestätigt, dass die Nachricht der Soforthilfe als gute Nachricht aufgenommen
23 worden sei. Im internationalen Vergleich und in Relation zum Bedarf und den Anträgen der
24 Betroffenen sei der Betrag jedoch zu gering. Er sei gespannt, ob und inwiefern die Organisa-
25 tionen und Institutionen nun auch finanziell zur Soforthilfe beitragen werden.

26 Der Vorsitzende bestätigt auf Frage von Herrn Huonker hin, dass die Kantone noch selber
27 über ihre Leistungen befinden werden. Gleichzeitig habe die Glückskette den Fonds nun zu
28 errichten. Der RT habe bei den weiteren Arbeiten eine sehr wichtige Funktion. Was den Be-
29 trag angehe, bestätigt er, dass Bemühungen nötig seien, um zusätzliche Gelder zu erlangen.
30 Bei der Beurteilung des Betrages sei nicht zu vergessen, dass dies eine auf Freiwilligkeit
31 basierende Überbrückungsregelung sei.

32 Frau Hilafu erkundigt sich, was passiere, wenn Anfragen eintreffen, nachdem der Fonds über
33 keine Mittel mehr verfüge. Der Vorsitzende führt aus, die Mittel seien so einzusetzen, dass
34 sie während der ganzen Dauer der Überbrückungszeit eingesetzt werden können. Es beste-
35 he aber ein Interesse daran, dass die Gesuche rasch kommen, damit ein Überblick geschaf-
36 fen werden könne.

37 Auf Frage von Herrn Zwahlen informiert der Vorsitzende, dass die Glückskette keine Spezi-
38 alsammlung plane.

39 Herr Schüpbach erkundigt sich, warum die Glückskette federführend sei. Der Vorsitzende
40 erläutert, es sei eine private Organisation nötig, da Behörden eine gesetzliche Grundlage
41 bräuchten. Die Glückskette verfüge über die notwendige Erfahrung und Infrastruktur.

42 Frau Grob betont die Wichtigkeit, zwischen den Geldforderungen und dem Leid der Men-
43 schen ein Link herzustellen. Sie verweist auf das belgische, unbürokratische Modell.

44

1 **6.1. Papier Ausschuss RT: Kriterien und Verfahren für Soforthilfe**

2 Der Vorsitzende verweist auf das durch den Ausschuss vorbereitete Papier, welches als be-
3 kannt vorausgesetzt wird. Er bestätigt ferner auf Frage hin, dass nun die Möglichkeit beste-
4 he, weitere Institutionen zur Alimentierung anzufragen.

5 Frau Wigger erkundigt sich, wie das einfache Verfahren in der Praxis umzusetzen sei, resp.
6 wie die Glaubhaftmachung erfolgen soll. Der Vorsitzende erläutert, es sei nicht vorgesehen,
7 dass die Antragsstellenden zwingend ein Gespräch führen müssten. In der Regel soll es
8 genügen, ein sinnvoll konzipiertes Formular auszufüllen. Es sei darzulegen und kurz zu um-
9 schreiben, welche Art von Betroffenheit vorliege und die Einwilligung zu erteilen, dass die
10 prüfende Stelle allenfalls mit Sozial- und Steuerbehörden Kontakt aufnehmen könne, damit
11 ein Bild über die finanzielle Situation erstellt werden könne. Der Vorsitzende schlägt ferner
12 vor, den Begriff "schädigende Härte" mit Beispielen zu konkretisieren.

13 Herr Avvanzino macht darauf aufmerksam, dass es Betroffene gebe, die ihre Geschichte
14 gerne erzählen möchten. Bei anderen treffe genau das Gegenteil zu. Vielleicht gäbe es auch
15 die Möglichkeit, je nach Wunsch der Betroffenen, zusätzliche Kommentare abzugeben. Der
16 Vorsitzende will diesem Anliegen Rechnung tragen.

17 Herr Huonker verweist auf den Fragebogen, den er im Rahmen des Projektes Kinderheime
18 Schweiz erarbeitet habe. Dieser könnte eine nützliche Grundlage sein. Ferner sei auf Stellen
19 zu verweisen, wo die Lebensgeschichte erzählt werden können. Der Vorsitzende nimmt das
20 Angebot gerne an.

21 Frau Aeschlimann informiert, das Personal der Opferberatungsstellen sei gewohnt zuzuhö-
22 ren. Es gebe die Möglichkeit der detaillierten Erzählung der Lebensgeschichte. Jeder
23 Mensch habe seinen eigenen Umgang mit der traumatisierenden Behandlung, was respek-
24 tiert werde. Es wird auf Betroffene aufmerksam gemacht, welche Anträge nicht selber ausfül-
25 len könnten und/oder möchten. Der Vorsitzende bestätigt die wichtige Funktion der Anlauf-
26 stellen. Es sei gut denkbar, dass in vielen Fällen die Anlaufstellen die Formulare ausfüllen
27 werden. Generell sollte es möglich sein, dass Formulare - mit Unterschrift der betroffenen
28 Person - auch von einer dritten Person ausgefüllt werden.

29 Frau Hilafu betont die Wichtigkeit der zweiten Generation und der Ehepartner, die in die So-
30 forthilfe einzubeziehen seien. Dies wird von Frau Biondi bestätigt. Der Vorsitzende informiert,
31 dass bei der finanziellen Leistung der Soforthilfe ausnahmsweise auch hier Möglichkeiten
32 bestünden. Die zweite Generation sei sehr wichtig. Vor allem auch bei weiteren Leistungen
33 wie z.B. psychologische Betreuung sei diese zu berücksichtigen. Er verweist auf das Trak-
34 tandum 7.

35 Der Vorsitzende erläutert das vorgesehene Verfahren bei der Gesuchsprüfung. Der RT ist
36 sich einig, dass jeder Anschein von Willkür zu vermeiden ist. Der Vorsitzende betont, dass
37 kein Rechtsanspruch auf Soforthilfe bestehe. Herr Huonker erinnert daran, dass im Aus-
38 schuss vorgeschlagen wurde, das Gremium, welches über die Gesuche zur Soforthilfe hin-
39 sichtlich deren Weiterleitung an die Glückskette oder deren Ablehnung zu entscheiden habe,
40 solle umstrittene oder abgelehnte Gesuche dem Runden Tisch vorlegen. Der Vorsitzende
41 würde es aber vorziehen, dass der Runde Tisch nicht über einzelne Gesuche wiedererwä-
42 gend befinden solle, sondern bei Ablehnung oder Umstrittenheit eines Gesuches bezüglich
43 der jeweils zugrundeliegenden Faktenlage richtungweisende Grundsatzentscheide fällen
44 solle, die dann vom besagten Gremium hinsichtlich aller einzelnen Gesuche einheitlich an-
45 gewendet werden müssen. Der Vorsitzende bestätigt, der RT habe dafür besorgt zu sein,
46 dass die Kriterien klar formuliert und die Gleichbehandlung sichergestellt sei. Er empfiehlt,
47 von einer Rekursmöglichkeit abzusehen. Denkbar sei aber, dass in Einzelfällen das Ge-
48 spräch gesucht werde. Es könne auch sein, dass mit den Gemeinden das Gespräch zu su-
49 chen sei. Dies entspreche dem Grundsatz der Subsidiarität der Soforthilfe.

1 Frau Oetliker weist darauf hin, dass Leistungen der Soforthilfe nicht zu Kürzungen in den
2 Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe führen dürften. Der Vorsitzende bestätigt dies. Bei
3 der späteren Hilfe sei dies gesetzlich vorzusehen. Vorher seien entsprechende Empfehlun-
4 gen abzugeben, damit die zuständigen Behörden von ihrem Ermessen unter Berücksichti-
5 gung der von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betroffenen Personen entscheiden.

6 Frau Hilafu erkundigt sich, wie es mit Beitreibungen aussehe. Der Vorsitzende erklärt, dass
7 rechtsanwende Behörden nicht angewiesen werden könnten, sich über das Recht hinwegzu-
8 setzen. Das Ermessen sei jedoch auch hier sinnvoll auszuüben.

9 Herr Oberholzer fragt nach, was mit abgelehnten Gesuchen geschehe. Der Vorsitzende führt
10 aus, dass auch bei abgelehnten Gesuchen bei Personen, die Unterstützung benötigen, nach
11 weiteren Möglichkeiten gesucht werden sollte. Deshalb sei es wichtig, das Gremium sinnvoll
12 zusammensetzen. Herr Huonker bestätigt, dass auch die abgelehnten Gesuche historisch
13 von Belang seien.

14 Frau Hilafu schlägt vor, auf dem Antragsformular die Option vorzusehen, mit der Wissen-
15 schaft in Kontakt zu treten. Diese Anregung stösst auf breite Zustimmung.

16 Frau Wigger schlägt vor, mit der SKOS das Gespräch zu suchen betreffend Ermessensspiel-
17 raum.

18 **6.2. Konkretisierung der Modelle C+D**

19 Der Vorsitzende erläutert, es gehe um den Auftrag an den Ausschuss für den 4. RT ein Pa-
20 pier zu erstellen, dass sich mit den Modellen C + D (oder einer Kombination) befasse. Die
21 entsprechenden Beschlüsse wurden am 2. RT gefasst. Der Termin für die erste Ausschuss-
22 sitzung wird via Doodle-Umfrage festgelegt.

23 **6a. "Modell E" / rechtl. Vertretung und Beratung der Betroffenen (neues Traktandum)**

24 Anlässlich des letzten Treffens der Delegierten der Betroffenen wurde die Frage gestellt, ob
25 sich die Betroffenen rechtlich vertreten und beraten lassen können. Ferner wurde ein neues
26 "Modell E" erwähnt, das sich jedoch – anders als die Modelle A - D – nicht nur auf finanzielle
27 Leistungen beschränkt und deshalb mit den bisher diskutierten Modellen A - D nur bedingt
28 zu tun hat. Der Vorsitzende hat mit Rechtsanwalt Stolkin zu beiden Punkten ein Gespräch
29 geführt. Die Unterlagen dazu wurden den Mitgliedern des RT gestern versendet.

30 Herr Zwahlen informiert, dass bereits am 25. Oktober das Begehren gestellt worden sei, zu
31 juristischen Fragen eine Fachperson hinzuziehen zu können.

32 Der Vorsitzende ruft in Erinnerung, dass am 2. RT offeriert wurde, dass dem BJ rechtliche
33 Abklärungen in Auftrag gegeben werden können. Dies sei nun auch in Bezug auf zwei recht-
34 liche Fragen erfolgt. Diese Art von juristischer Unterstützung werde gerne geboten. Das mit
35 Herrn Stolkin diskutierte Anliegen gehe darüber hinaus.

36 Die Teilnehmenden diskutieren die Chancen und Risiken bei der Öffnung des RT für Anwäl-
37 te. Der Vorsitzende betont, dass am RT in konstruktiver Zusammenarbeit gemeinsame Lö-
38 sungen für gemeinsame Probleme gesucht werden und sich sämtliche Teilnehmende auf
39 Augenhöhe gegenüber stehen. Es sei ihm wichtig, gute und realisierbare Lösungen zu pro-
40 duzieren. Es störe ihn, wenn man von zwei Seiten spreche. Bei Zweifeln sei es selbstver-
41 ständlich möglich, die Papiere des BJ überprüfen zu lassen. Ferner sei der Beizug von Juris-
42 ten im Rahmen des BF Sache der Betroffenen. Aber am RT sollten keine juristischen Streit-
43 gespräche geführt werden.

44 Herr Huonker erinnert daran, dass der RT für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmass-
45 nahmen betreffend die stimmberechtigten Mitglieder ausdrücklich und mit Bedacht parität-
46 tisch, im Verhältnis 11 zu 11, also zweiseitig, zusammengesetzt sei. Aber auch er sei dafür,

1 dass vom RT konstruktive, gemeinsam getragene Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Er
2 persönlich würde es allerdings für angemessen halten, wenn auf der Opferseite ebenfalls,
3 wie auf der andern Seite, auch Juristen und Juristinnen respektive ein Rechtsanwalt zur
4 Delegation gehören würden.

5 *Zum "Modell E":* Der Vorsitzende erläutert, in den Unterlagen würden sich einige Elemente
6 des Modells E finden. Vorgesehen sei ein Schiedsgericht, das sich mit sämtlichen Aspekten
7 befassen soll. Er persönlich sei der Meinung, dass dies keine gute Lösung sei. Es sei aber
8 am RT darüber zu befinden, ob dieses Modell vertieft zu prüfen sei oder ob der eingeschla-
9 gene Weg fortgesetzt werden soll. Er betont, dass er keine Einwände hat, wenn das "Modell
10 E" durch die Betroffenen näher konkretisiert werde. Der Vorschlag, die Modelle C und D wei-
11 terzutreiben und im Zusammenhang mit den übrigen Anliegen die Ideen des "Modells E"
12 wieder aufzunehmen, stösst auf Zustimmung.

13 **7. Antrag Hilafu betreffend Berücksichtigung der 2. Generation - allgemein**

14 *Protokollanmerkung: Vgl. Traktandum 6.1*

15 Frau Hilafu schlägt vor, Frau Meichtry zu den Ausschusssitzungen einzuladen. Der Vorsit-
16 zende nimmt das entgegen und wird die Frage abklären.

17 **8. Anträge Scheidegger**

18 **8.1. Ombudsstelle für Betroffene von FSZM**

19 Frau Scheidegger zieht den Antrag zurück und beruft sich auf die Zusicherung des Delegier-
20 ten, Ombudsfunktionen wahrzunehmen.

21 Der Vorsitzende ergänzt, Ombudsfunktionen würden in erster Linie durch die Anlaufstellen
22 wahrgenommen. Wenn es Probleme geben sollte, sei er aber bereit sicherzustellen, dass er
23 oder seine Mitarbeiter sich mit der Situation befassen.

24 Frau Hilafu erkundigt sich, ob Ombudsstellen auch juristische Auskünfte und Vertretung an-
25 bieten würden. Der Vorsitzende verneint dies. Sie würden vielmehr versuchen eine Konsens-
26 lösung zu erreichen.

27 Herr Zwahlen hinterfragt die zeitlichen Kapazitäten des Delegierten. Der Vorsitzende erläu-
28 tert, es gehe nicht um die Schaffung einer Stelle, sondern um die Wahrnehmung von Funkti-
29 onen. Als Delegierter, der in der Verwaltung integriert sei, könne er Ressourcen mobilisieren.

30 **8.2. Erstellen von Formularen nach Betroffenenkategorien und Massnahmen**

31 Frau Scheidegger erläutert den Antrag des Forums. Der Vorsitzende nimmt diesen Vor-
32 schlag gerne so entgegen.

33 **9. Information durch das Bundesamt für Sozialversicherungen insb. im Zusam-** 34 **menhang mit der IV (Hr. Ritler)**

35 *Protokollanmerkung: Das Traktandum 9 wurde dem Traktandum 6.1 vorangestellt.*

36 Herr Ritler vom Bundesamt für Sozialversicherungen BSV, Vizedirektor und Chef Geschäftsfeld
37 Invalidenversicherung, orientiert über eingliederungsorientierte Rentenrevisionen nach
38 IVR 6a, d.h. über die Möglichkeit, die Renten zu revidieren. Er informiert über die drei ver-
39 schiedenen Rentenrevisionsverfahren: Eingliederungsorientierte Rentenrevision, Revision
40 nach Art. 17 ATSG sowie Rentenüberprüfung gemäss Schlussbestimmungen der Änderung
41 vom 18.3.2011.

42 *Protokollanmerkung: Die Folien der Präsentation von Herrn Ritler finden sich in der Beilage 1*
43 *zum Protokoll.*

1 Herr Ritler informiert, dass die IV-Stellen angewiesen worden seien, dass bei Personen mit
2 einem FSZM-Hintergrund Lösungen mit Augenmass zu suchen seien. Herr Huonker erkun-
3 digt sich, ob es Untersuchungen darüber gebe, wie viele IV-Bezüger von FSZM betroffen
4 gewesen seien. Herr Ritler verneint dies. Herr Huonker schlägt vor, eine entsprechende wis-
5 senschaftliche Untersuchung vorzunehmen.

6 Herr Jost verweist auf jene Fälle, wo Betroffene frühzeitig gar nicht arbeiten konnten und
7 jetzt lediglich eine Minimalrente erhalten würden. Herr Ritler informiert, dass nach geltendem
8 Recht für solche Fälle keine Massnahmen vorgesehen seien.

9 Herr Claude gibt zu bedenken, dass die Betroffenen von FSZM häufig nicht unter die aufge-
10 zeigten Möglichkeiten fallen würden. Es sei jeweils wichtig, relativ rasch Lösungen zu finden.
11 Er denke nicht, dass die IV hier wirklich etwas beitragen könne.

12 Herr Ritler erläutert, dass die IV nur Leistungen erbringen könne, die eine gesetzliche Grund-
13 lage haben. Er verweist auch auf die Ergänzungsleistungen und auf die Sozialhilfe. Im Rah-
14 men der Hilfslosenentschädigung würden auch über 65-Jährige unterstützt.

15 Der Vorsitzende umschreibt die Fragestellung für den RT wie folgt: Falls der RT zum Schluss
16 komme, dass die derzeitige gesetzliche Regelung Personen mit FSZM-Hintergrund zu wenig
17 Rechnung trage, sei eine entsprechende Empfehlung abgeben. In diesem Zusammenhang
18 erachte er auch die von Herrn Huonker angeregte Abklärung sinnvoll. Er erkundigt sich, in
19 welchem Rahmen die Anweisung an die IV-Stellen ergangen sei. Herr Ritler informiert, es sei
20 ein internes Schreiben - ohne Weisungscharakter - erfolgt. Er spüre grosse regionale Unter-
21 schiede in diesem informellen Bereich. Er sei froh und dankbar um Nennung konkreter Fall-
22 beispiele.

23 Frau Biondi erkundigt sich, ob bei jenen Menschen, die gratis arbeiten mussten, eine Be-
24 rücksichtigung dieser Arbeit möglich sei. Herr Ritler verweist auf die Logik der geltenden Be-
25 stimmungen. Der Vorsitzende ergänzt, diese Frage betreffe weniger die IV-, sondern vor
26 allem auch die AHV und die 2. Säule. Hier werde der RT Vorschläge zu Händen des Ge-
27 setzgebers machen müssen.

28 Frau Hilafu erkundigt sich, wie es bei Personen, die die Krankenkassenprämien nicht bezah-
29 len können, aussehe. Herr Ritler bestätigt das grundsätzliche Problem, wenn die obligatori-
30 sche Krankenversicherung Leistungen nicht mehr decke. Die IV könne hier überhaupt nichts
31 unternehmen. Die Unterstützungspflicht liege in diesem Fall bei den Gemeinden und den
32 Kantonen.

33 Frau Scheidegger fragt, ob eine Soforthilfe bei der IV in Abzug gebracht werde. Herr Ritler
34 führt aus, dass ein solch einmaliger Entscheid keinen Einfluss auf den IV-Entscheid habe.
35 Die IV messe an regelmässigen Einkünften.

36 Der Vorsitzende dankt Herrn Ritler und kündigt an, dass der RT verschiedene Empfehlungen
37 verabschieden werde, die auch die IV und die anderen Sozialversicherungen betreffen. Herr
38 Ritler ist bereit, auch weiterhin am RT unterstützend mitzuwirken und in Einzelfällen auch mit
39 zuständigen IV-Stellen das Gespräch zu suchen.

40 **10. Ausstellung Enfances Volées (Hr. Rogger)**

41 Herr Rogger informiert über die zweisprache Ausstellung Enfances Volées, die mittlerweile
42 an 10 Orten in der Schweiz gezeigt wurde. Inhaltlich befasse sich die Ausstellung mit dem
43 Schicksal der ehemaligen Verdingkinder. Zurzeit sei der Betrieb noch für ein Jahr in Ballen-
44 berg sichergestellt.

45 Die Ausstellung könnte im Anschluss für weitere zwei Jahre in Ballenberg betrieben werden.
46 Dafür seien sie jedoch um finanzielle Unterstützung angewiesen. Er verweist auf die Mög-
47 lichkeit, die Ausstellung auch für den RT zu nutzen. Der Vorteil der Ausstellung sei, dass

1 diese ein eingeführtes Format mit hohem Bekanntheitsgrad sei. Auch die Funktionsweise als
2 Plattform sei etabliert. Nachteilig sei, dass längst nicht alle Betroffenen in der Aus-
3 stellung abgebildet werden.

4 Der Vorsitzende betont, froh zu sein, dass die Sicherstellung für 2014 gelungen sei. Er dankt
5 in diesem Zusammenhang auch Integras. Die Ausstellung sei wichtig und könne Teil der
6 Öffentlichkeitsarbeit sein, die der RT leisten sollte. Er habe grosses Verständnis dafür, dass
7 versucht werde, die notwendigen Mittel zu finden.

8 Die Anwesenden betonen die Wichtigkeit der Ausstellung. Es wird zudem diskutiert, die Aus-
9 stellung finanziell in die wissenschaftliche Aufarbeitung einzubinden.

10 Auf Frage hin gibt Herr Schober bekannt, dass eine Beteiligung des Bauernverbandes für
11 das Jahr 2015 neu zu diskutieren sei. Diesbezüglich sei ein neues Gesuch zu stellen. Er
12 verweist aber auch auf die beschränkten Mittel.

13 Der Vorsitzende fordert alle vertretenen Organisationen und Institutionen auf abzuklären, ob
14 finanzielle Beiträge gesprochen werden können. Er gehe davon aus, dass der RT insgesamt
15 den nötigen Gesamtbetrag zusammen bekomme.

16 Herr Rogger verweist auf die Tatsache, dass die Ausstellung im Oktober schliesse. Bis dann
17 müsse die Finanzierungsfrage geklärt sein. Er bedankt sich für die ermutigenden Signale.

18 **11. Empfehlungen und Konzept für eine wissenschaftliche Aufarbeitung (Prof.** 19 **Lengwiler)**

20 Herr Lengwiler führt aus, inhaltlich sei es darum gegangen, das Forschungsprogramm breit
21 anzulegen. Es seien 6 Themenfelder definiert worden: Biografische Erfahrungen, Bewälti-
22 gungsstrategien und gesellschaftlicher Umgang mit FSZM; Fremdplatzierungen von Kindern
23 und Jugendlichen; Adoptionen in Zwangssituationen; Umgang mit Erwachsenen, Kindern
24 und Jugendlichen mit Behinderungen; Vormundschaftliche und administrative Versorgungen;
25 Sterilisationen und Kastrationen in Zwangssituationen. Die Dimension entspreche in etwa
26 einem etwas grösseren nationalen Forschungsprogramm. Anregungen würden weiterhin
27 gesammelt und das Papier werde fortlaufend angepasst.

28 Der Vorschlag der Bildung einer unabhängigen Expertenkommission basiere auf pragmati-
29 schen Gründen: einerseits sehe das Bundesgesetz zur Rehabilitierung der administrativ ver-
30 sorgten Menschen eine Expertenkommission vor, andererseits ermögliche eine Experten-
31 kommission eine schnelle Einsetzung. Bei der Zusammensetzung der Expertenkommission
32 sehe er drei Varianten: Mitbestimmung der Betroffenen bei der Besetzung; Mitbestimmung
33 der Betroffenen und der verantwortlichen Organisationen bei der Besetzung; alleinige Beset-
34 zung der Kommission durch den Bund.

35 Der Einbezug der Betroffenen wird als unerlässlich betrachtet.

36 Der Vorsitzende erläutert, der RT könne zusammen mit den Empfehlungen auch die Zu-
37 sammensetzung der Expertenkommission vorschlagen. Die Einsetzung durch den BR ent-
38 spreche den normalen Gepflogenheiten. Er gibt ferner zu bedenken, dass die Vorlage der
39 administrativ Versorgten bereits eine Expertenkommission vorsehe. Es sei somit denkbar,
40 dass diese Expertenkommission aufgestockt oder angepasst werde. Dies werde zu diskutie-
41 ren sein. Er verweist auch auf die Möglichkeit der Lancierung eines nationalen Forschungs-
42 programms zum Thema FSZM. Dieses Programm würde dann mit der Expertenkommission
43 der administrativ Versorgten zusammen arbeiten. Die Gespräche seien am Laufen. Er bringe
44 die Rückmeldung in den nächsten RT ein. Der RT werde dann die Möglichkeit haben, auf die
45 Frage zurückzukommen, wie die wissenschaftliche Aufarbeitung organisiert werden soll. In
46 seinem Bericht zuhanden der verschiedenen Behörden werde der RT konkrete Vorschläge
47 machen.

- 1 **12. Information zum Thema Verzicht auf die Einrede der Verjährung (Auftrag ans BJ)**
2 vgl. Papier. Die Diskussion wird auf den 4. RT verschoben.
- 3 **13. Geltung des Adoptionsgeheimnisses für altrechtliche Adoptionen (Auftrag ans**
4 **BJ)**
5 vgl. Papier. Die Diskussion wird auf den 4. RT verschoben.
- 6 **14. Planung der weiteren Arbeiten / Arbeitsprogramm 2014**
7 4. RT: 21. März 2014
8 5. RT: 6. Juni 2014. Durchführung in Zürich
9 6. RT: Doodleumfrage folgt: 1. oder 3. Juli
10 Termine der Ausschusssitzung: Terminumfrage folgt
- 11 **15. Medienmitteilung**
12 Herr Galli informiert, die MM werde noch heute veröffentlicht. Der Schwerpunkt liege bei der
13 Soforthilfe. Daneben würden auch die wissenschaftliche Aufarbeitung und die rechtlichen
14 Abklärungen des BJ zur Sprache kommen.
- 15 **16. Verschiedenes**
16 Herr Jost verweist auf seinen Antrag vom 2. RT, welcher aus Zeitgründen verschoben wor-
17 den sei. Dieser soll am 4. RT nochmals traktandiert werden. Er beantragt ferner, dass den
18 Betroffenen Spesen, die im Zusammenhang mit FSZM stehen (z.B. Reise von Frau Hilafu
19 nach GE an die UNICEF) erstattet werden.
20 Der RT stimmt der Aufschaltung der Abklärungen des BJ auf der Homepage zu.
21 Sitzungsende: 17:30 Uhr